

Eine Zahl und zahllose Fragen

SPD gewährt nach Bericht über mögliche Großspenden Einblick in ungeprüften Rechenschaftsbericht 2011

Zu zentralen Fragen, wie die Marburger SPD ihre Kampagne vor der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 2011 finanziert hat, gibt sich die Partei zugeknöpft.

von Anna Ntemiris und Christoph Linne

Marburg. Verwirrspiel um die Finanzierung des Wahlkampfes: Führende Politiker der Marburger SPD weisen nachdrücklich die Aussage eines Informanten in der OP zurück, der Stadtverband habe Ende 2010 und Anfang 2011 von einem Unternehmer zwei Großspenden von insgesamt 55000 Euro erhalten (die OP berichtete).

Die Behauptung: 15 000 Euro habe die Partei im Dezember 2010 nach Angaben des Informanten erhalten, weitere 40 000 Euro vom gleichen Spender noch vor den Wahlen im ersten Quartal 2011.

Um zu belegen, dass die Marburger SPD im gesamten Jahr 2011 keine veröffentlichungspflichtigen Spenden erhalten hat, ging der amtierende Kassierer Thomas Pfeiffer nach Erscheinen des OP-Berichts in die Offensive. In Anwesenheit eines Notars gewährte Pfeiffer der OP in dieser Woche Einsicht in eine Seite des vorläufigen Rechenschaftsberichts des Stadtverbandes.

Vorläufiger Bericht: Spenden von 12 753 Euro

Aus dem Dokument geht hervor, dass die SPD im Jahr 2011 Spenden in einer Höhe von insgesamt 12 753 Euro von natürlichen Personen erhalten hat. Diese Aufstellung sei noch nicht

von den Kassenprüfern bestätigt worden, so Pfeiffer gegenüber der OP.

Auf neuerliche Anfrage am gestrigen Freitag erklärte Pfeiffer, heute sei der Rechenschaftsbericht durch die Revisoren geprüft worden. Ob sich dabei Änderungen zum vorläufigen Rechenschaftsbericht ergeben haben, wollte Pfeiffer nicht bekanntgeben und verwies auf die Jahreshauptversammlung der Marburger SPD am 14. März. Zu weiterführenden Fragen wollte der Kassierer gegenüber der OP keine Stellung nehmen.

Insbesondere will er im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung und zu den Aussagen des Informanten nie für das Jahr 2010 gesprochen haben, wie er betont: „Über den Zeitraum vor meinem Amtsantritt als Kassierer im März 2011 kann ich gar keine Auskunft erteilen.“

Frühere Vorsitzende verweisen auf amtierende

Obwohl sich alle Anfragen der OP und jede Bitte um Stellungnahmen auf die fraglichen Zeiträume bezogen haben, sieht sich Pfeiffer falsch zitiert, nimmt zusätzliche Fragen nur noch schriftlich entgegen und verweist im Übrigen auf den amtierenden Vorstand der SPD – dem er selber angehört. Und zum Jahr 2010 zusätzlich auf den damaligen Partei-Chef Steffen Rink.

Rink wiederum verweist zu allen Fragen in finanziellen Angelegenheiten auf den Kassierer Pfeiffer und lehnte es in den vergangenen Wochen grundsätzlich ab, sich den Fragen der OP zu stellen.

Die Vorgängerin von Thomas Pfeiffer als SPD-Stadtverbands-Kassierer, Erika Lotz-Halilovic,



Die Marburger SPD nahm im vergangenen Jahr laut vorläufigem Rechenschaftsbericht 12 753 Euro aus Spenden ein. Nähere Angaben zu den Spenden sowie zum Rechenschaftsbericht 2010 konnte die amtierende Vorsitzende Marianne Wölk bisher nicht machen. Sie verweist auf ihren Vorgänger Steffen Rink (links), der wiederum auf den jetzigen Kassierer verweist. Archivfoto

verweist grundsätzlich auf den heutigen Vorstand. Die amtierende Vorsitzende Marianne Wölk verweist zu Fragen, die das Jahr 2010 betreffen, wiederum auf ihren Amtsvorgänger Rink. Und so zeigt jeder reihum auf den anderen.

Weitere Fragen bleiben offen

Die OP fragte erstmals am 23. Januar diesen Jahres alle Marburger Parteien schriftlich nach Spenden im Zeitraum 2010/2011, also vor der Kommunal- und Oberbürgermeis-

ter-Wahl. Die OP fragte unter anderem, ob die Parteien Spenden von Unternehmern erhielten und wie hoch ihre Wahlkampf Ausgaben waren.

Nachdem sich inzwischen ein weiterer Informant bei der OP gemeldet hat, der die bestrittenen Angaben über die beiden Großspenden im Kern bestätigt, hat die Redaktion den amtierenden Parteivorstand um Marianne Wölk, den früheren Vorsitzenden und derzeitigen Fraktionschef Steffen Rink sowie Kassierer Thomas Pfeiffer mit zusätzlichen Fragen konfrontiert. Bislang hatten Sprecher der

SPD stets erklärt, keine Angaben zu den eigenen Finanzen, Spendern oder Wahlkampfkosten zu machen. Auch angesichts des Hin und Hers um Verantwortlichkeiten und die noch im Raum stehenden Widersprüche gehen die Fragen der OP jedoch über die Inhalte aus den Rechenschaftsberichten hinaus.

Die OP fragt zum Beispiel nun auch, ob die Marburger SPD im Jahr 2010 Geld von Sponsoren erhielt und, falls es Zuwendungen von Unternehmern gab, ob diese als Spenden oder Sponsoring verbucht wurden.

Experte: Auch kleine Pflegeheime rechnen sich

Mehr als 120 Zuhörer kamen zur Diskussionsveranstaltung der Grünen zum Thema „Leben im Alter“

Das Thema Altenpflege sorgt in Marburg schon lange für Zündstoff. Sozialgerontologe Rolf Gennrich sagt nun, dass auch kleine Wohnformen finanzierbar sind.

von Anna Ntemiris

Marburg. Kein Beamer, kein mobiles Mikrofon: Die technischen Probleme im Stadtverordnetenversammlungssaal machten dem Referenten, Sozialgerontologe Rolf Gennrich, am Donnerstagabend zu schaffen: „Ich komme mir vor wie eine Hausfrau, die alle eingeladen hat und der Braten dann verbrannt ist. Wie soll ich Ihnen jetzt sagen, wie der Braten geschmeckt hätte“, sagte Gennrich den mehr als 120 Zuhörern.

Dennoch wurden Gennrichs Positionen und Zukunftsvorschläge für das Leben im Alter deutlich. Gennrich, früherer Referent beim Kuratorium Deutsche Altershilfe und jetziger Geschäftsführer des Instituts für Altenwohnbau und Qualitätsmanagement in Solingen, sagte: „Wir brauchen Pflegeheime, wo kein älterer Mensch Angst hat, einzuziehen“, so Gennrich. Seine konkreten Forderungen: In Pflege- und Altenheimen sollten Bewohner beispielsweise selbstbestimmt entschei-

den können wo, wann, wie und was sie essen. Sie sollten über das Menü entscheiden oder an der Zubereitung mitwirken können. Stattdessen würden ältere Menschen auch von sich den Weg in die Enge wählen: „Am liebsten in den Rollator. Der Rollator ist auch so eine Volkskrankheit“. Barrierefreies Wohnen sei gefragt: Da habe die Städtebaupolitik einiges nachzuholen. „Wir haben die demografische Entwicklung verpennt.“

Gennrich plädierte auch für kleinere Wohnheime, die von Genossenschaften und Initiativen geführt werden und als Hausgemeinschaften kon-



zipiert sind. Die Bewohner werden als Mitgenossen eingebunden. Er nannte dabei eine Reihe von beispielhaften Projekten im In- und Ausland, bei denen die Träger ihre Heimgröße reduziert haben oder ihre Struktur gänzlich veränderten. „Es ist schmerzhaft von 80 auf 60 Plätzen zu gehen, aber es müssen Anreize geschaffen werden“, sagte er im Hinblick auf die wirtschaftlichen Bedingungen.

„Mitarbeiter kommt nur, wenn man ihn braucht“

„Das Problem ist die Finanzierung“, räumte Gennrich ein. Kommunen hätten kein Geld, um solche Projekte zu stemmen. Dennoch rechnen sich seiner Auffassung nach auch kleine Einrichtungen – wenn

man nicht mit der Pflege, sondern mit den Immobilien Gewinn machen will. „Kapazitätsorientierte Arbeit“ laute der Schlüssel zum Erfolg. „Der Mitarbeiter kommt nur, wenn man ihn braucht. Man muss den Personalbedarf justieren“.

Ambulante Pflege müsste in einem stationären Heim als Dienstleister einziehen. „Es ist eine Frage der Zeit, bis die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Pflege aufgehoben werden“. Der Sozialdezernent des Kreises Dr. Karsten McGovern (Grüne), der die anschließende Diskussion moderierte, fragte den Experten nach der Rolle der städtischen Gesellschaften. Der Referent antwortete: Diese hätten es – etwa durch tarifrechtliche Bedingungen – schwerer solche vorbild-

haften Projekte umzusetzen, es liege aber in ihrer Verantwortung.

Im Gespräch mit der OP erklärte Gennrich, dass er nicht gegen die tarifliche Bezahlung von Mitarbeitern sei. Allerdings müssten Mitarbeiter bereit sein, flexibel zu sein und anders eingesetzt zu werden. Wenn Bewohner sich selber ihr Essen kochen, müsste etwa Küchenpersonal eine andere Aufgabe erhalten.

Zwei 40er-Heime in zwei Stadtteilen

Zur derzeit aktuellen Frage in Marburg, ob die städtische Altenhilfe am Richtsberg ein 80er Heim neu bauen sollte, sagte Gennrich: Grundsätzlich wären auch zwei 40er-Heime in zwei Stadtteilen unter einer Leitung möglich und ratsam. Um die Kosten zu decken, müssten Mieter wie Cafés, ambulante Dienstleister oder Apotheken in die Pflegeheime einziehen. Aber auch anderer Wohnraum könnte dort geschaffen werden. „Dann lohnt es sich“.

Diese Vorschläge hörten McGovern sowie die Marburger Grünen-Sozialexpertin, Dr. Christa Perabo, gern. Mit Spannung wird derzeit das Gutachten des Kuratoriums Deutsche Altershilfe zur Frage erwartet, welche Größe die Marburger Altershilfe künftig wählen sollte. Die Grünen bestehen auf kleinen dezentralen Pflegeeinrichtungen, der Koalitionspartner SPD favorisierte bisher ein Heim mit 80 Plätzen, weil nur dieses ökonomisch sinnvoll sei.



Mehr als 120 Zuhörer kamen am Donnerstag zur Veranstaltung der Grünen zum Thema Leben im Alter. Der Sozialgerontologe Rolf Gennrich referierte. Fotos: Anna Ntemiris



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER! von Anna Ntemiris

Sie wurden gesichtet: Die ersten Marburgerinnen, die ohne Socken oder mit Sommerkleidung unterwegs sind. Am Donnerstag trug eine Frau beim Spazierengehen bereits Sommerschuhe – und das ohne Strümpfe. Am Freitag wurde eine Studentin mit einer kurzen Hose gesichtet. Wird Frauen nun doch schneller warm als Männern? Oder können Frauen einfach nicht abwarten, bis sie ihre Frühlingmode zeigen können? Auf jeden Fall macht es Spaß, weiterhin mutige Frauen und Männer auf Marburgs Straßen zu entdecken, die schon von Kopf bis Fuß auf Frühling eingestellt sind.

– Anzeige –

Sonntag, 4.3. verkaufsoffen 13-18 Uhr
 Mehr unter www.haemel.de
HÄMEL.
 Marken.Möbel.Küchen.
 Frielendorf, Hombergerstr. 43

MELDUNGEN

Internet-Seite der Bürgerinitiative

Marburg. Die Marburgerin Helga Scherer hat eine Initiative gegen den geplanten Stellenabbau am UKGM gestartet (die OP berichtete). Ab Montag ist die Internetseite für die Unterschriftensammlung <http://www.bürgerbegehren-marburg.de> erreichbar.

Tiefelader touchiert Brücke

Marburg. Ein Sachschaden in Höhe von etwa 20 000 Euro entstand bei einem Unfall am Freitag gegen 12.20 Uhr auf der Stadtautobahn in Höhe der Abfahrt Mitte. Ein Lkw mit Tiefelader, der einen Bagger aufgeladen hatte, fuhr in Richtung Gießen. Beim Durchfahren der Kurt-Schumacher-Brücke touchierte der Arm des aufgeladenen Baggers die Unterseite der Brücke. Ein nachfolgender Fiat Panda wurde beim Überfahren eines Unterlegkeiles, der von dem Lkw gefallen war, sein Fahrzeug. Nach Mitteilung der Polizei war der Tiefelader für den geladenen Bagger zu klein.

– Anzeige –

Steinbach
 WOHNWINTERGÄRTEN | SOMMERGÄRTEN
SCHAUSONNTAG
 DIESEN SONNTAG VON 10:00 – 17:00 UHR
 Lahnstraße 40
 D-35606 Solms (bei Wetzlar)
 Fon 06442 922483-0
www.steinbach-wintergarten.de